

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2002**Arbeitsplatzeffekte der Sanierungspolitik**

Die Fraktion der SPD hat unter Drucksache 15/1290 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD ist in engem Zusammenhang mit der annähernd identischen Großen Anfrage der Fraktion der CDU zu sehen (Drs. 15/1294). Insoweit beide Anfragen wort- oder sinngleiche Fragen enthalten, werden diese entsprechend wort- bzw. sinngleich beantwortet. Für die Darstellung der Wirkungen der Sanierungspolitik wird als Berichtszeitraum 1995 bis 2001 gesetzt. Im Übrigen verweist der Senat darauf, dass er mit der über drei Jahre laufenden Evaluierung des ISP eine sehr umfassende und fundierte Gesamtschau der Wirtschafts- und Beschäftigungseffekte an die Bürgerschaft (Landtag) gegeben hat. Der Senat hat deshalb darauf verzichtet, zur Beantwortung der Großen Anfrage einen weiteren Gutachterauftrag zu vergeben und versucht in der zur Verfügung stehenden Beantwortungsfrist von zwei Wochen eine lückenlose Aufbereitung zu den detaillierten Informationsbedürfnissen zu liefern.

1. Wie hat sich die Sanierungspolitik auf die Arbeitsplatzentwicklung im Lande Bremen ausgewirkt? Welche Veränderungen ergaben sich innerhalb der Branchen und welche Verschiebungen zwischen den Wirtschaftszweigen? (Bitte quantitative Angaben und qualitative Aussagen z. B. zu Beschäftigungsstatus, Arbeitszeit, Qualifikationsanforderungen usw.)

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist eine insgesamt positive Entwicklung bei Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu verzeichnen, die – mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – zu einem überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit führte. In 2001 lag die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen erstmals wieder seit 1993 unter 40.000.

Nach einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen bis einschließlich 1996 erfolgte ein geringer Anstieg im Jahr 1997. In 1998 und 1999 gerieten die Beschäftigtenzahlen erneut ins Minus. In den Jahren 2000 und 2001 erfolgte dann ein Zuwachs um ca. 8.000 bzw. ca. 3.000 Beschäftigte. Zwar konnte der – durch die Folgen der Wiedervereinigung begünstigte – Beschäftigungsstand von rd. 405.000 in 1991 noch nicht wieder erreicht werden, die Tendenz zeigt jedoch eine eindeutig positive Entwicklung mit rd. 391.000 Beschäftigten im Jahr 2001 nach dem Tiefstand von 1999 (rd. 380.000). Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen.

Tabelle 1

Erwerbstätige (Arbeitsort) Land Bremen 1991 bis 2001 nach Wirtschaftsbereichen – in 1000											
Wirtschaftszweig	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Land- und Forstwirtschaft	1,8	1,8	1,8	1,7	1,5	1,3	1,4	1,4	1,4	1,5	1,6
Produzierendes Gewerbe	119,4	119,2	115,4	110,7	105,4	98,4	96,5	94,8	93,3	92,6	93,3
Produz. Gewerbe o. Baugew.	98,5	97,6	93,7	89,1	85,1	79,2	77,1	75,4	74,0	73,5	74,8
Bergb. u. Gew. v. St. u. Erd.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verarbeitendes Gewerbe	93,2	92,3	88,5	84,0	80,1	74,8	72,7	71,2	70,3	70,6	72,3
Energie- u. Wasserversorg.	5,3	5,2	5,1	5,0	5,0	4,6	4,4	4,1	3,7	2,9	2,5
Baugewerbe	20,9	21,7	21,8	21,6	20,3	19,2	19,4	19,4	19,3	19,2	18,5
Dienstleistungsbereiche	284,0	288,2	285,6	284,9	281,8	283,4	286,8	285,1	285,7	294,0	296,2
Handel, Gastgew. u. Verkehr	129,9	130,3	128,7	123,9	122,7	122,6	124,4	124,3	121,8	123,7	122,3
Handel, Rep. v. Kfz	67,0	67,6	66,3	66,3	66,6	67,3	70,5	69,9	67,0	68,3	67,1
Gastgewerbe	12,7	12,7	12,7	12,5	12,6	12,8	13,2	13,6	14,4	15,4	16,0
Verkehr u. Nachrichtenübern.	50,2	50,0	47,8	45,1	43,5	42,5	40,7	40,8	40,5	40,0	39,3
Finanz., Vermiet. u. UDL	45,1	47,0	47,6	48,4	47,8	49,7	50,2	50,8	54,6	60,1	63,6
Kredit- u. Versich.-Gewerbe	13,0	13,2	13,7	13,9	13,4	13,0	12,2	11,5	11,2	11,0	10,9
Grundstücksw., Verm., UDL	32,2	33,7	33,9	34,5	34,4	36,6	37,9	39,3	43,4	49,1	52,6
Öffentliche. u. priv. Dienstleist.	109,0	111,0	111,4	112,6	111,2	111,1	112,2	110,0	109,4	110,2	110,3
Öff. Verw., Verteid., Sozialv.	33,4	32,6	31,9	31,6	29,9	28,4	28,8	27,3	27,0	26,7	25,9
Z u s a m m e n	405,3	409,3	402,9	397,4	388,7	383,1	384,6	381,3	380,4	388,0	391,0

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Eine Verschiebung der Arbeitsplatzentwicklung zwischen den Wirtschaftsbereichen kann anhand der Anteilsverteilung in den Jahren 1991, 1995 und 2001 aufgezeigt werden. Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnete im ersten (1991 bis 1995) und zweiten (1995 bis 2001) Zeitraum ähnlich hohe Anteilsverluste. Das Baugewerbe erlitt im zweiten Zeitraum ebenfalls einen Rückgang. Beim Handel, dem Gastgewerbe und beim Verkehr scheint sich der Anteil stabilisiert zu haben. Innerhalb des Wirtschaftsbereiches „Öffentliche und private Dienstleistungen“ ist eine gegenteilige Entwicklung feststellbar. Während bei der öffentlichen Verwaltung Anteilsverluste, insbesondere beschleunigt im zweiten Zeitraum, entstanden, nahm die Beschäftigung bei den privaten Dienstleistungen zu. Eindeutiger Gewinner, insbesondere im Zeitraum der Sanierung, ist der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ mit einem absoluten Zuwachs zwischen 1995 und 2001 von 15.800 Erwerbstätigen. Tabelle 2 gibt hierzu einen Überblick.

Tabelle 2

Anteilsverteilung der Erwerbstätigen der Wirtschaftsbereiche im Land Bremen 1991, 1995 und 2001 in Prozent			
Wirtschaftsbereich	1991	1995	2001
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	24,3	21,9	19,1
Baugewerbe	5,2	5,2	4,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	32,1	31,6	31,3
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstleister	11,1	12,3	16,3
Öffentliche und private Dienstleistungen	26,9	28,6	28,2
Dar.: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	8,2	7,7	6,6
Z u s a m m e n	100,0	100,0	100,0
Erwerbstätigenanzahl insgesamt (1.000)	405,3	388,7	391,0

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Zum Beschäftigungsstatus lässt sich folgendes ausführen:

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist von 1995 bis 2001 nahezu kontinuierlich von 33.800 auf 46.100 angewachsen. Dies entspricht einer Zunahme von 36,4%.

Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten ohne geringfügig Beschäftigte – also die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im engeren Sinn – von 296.200 auf 294.900 verringert, also um – 0,4 %. Nachdem diese Zahl zwischenzeitlich bis 1999 um nahezu 11.000 Personen bzw. – 3,7 % zurückgegangen ist, stieg sie in den Jahren 2000 und 2001 um ca. 7.000 bzw. 2.600 wieder an. Allein im Jahr 2000 entspricht dies einer Steigerung von 2,5 %. Der Anteil

aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Erwerbstätigen insgesamt beträgt ca. 75 %.

Auf Grund der Einsparungen im öffentlichen Dienst entwickelte sich die Zahl der Beamten im Land Bremen stark rückläufig. Von 1995 mit 31.200 Beamten ging dieser Wert bis zum Jahr 2001 nahezu kontinuierlich auf 24.100 und damit um – 22,6 % zurück.

Die Zahl der Selbständigen ist von 1995 bis zum Jahr 2000 im Land Bremen von 27.500 auf 25.500 gesunken. Erst im Jahr 2001 hat sich die Zahl der Selbständigen um ca. 300 auf 25.800 erhöht. Die Selbständigenquote im Produzierenden Gewerbe ist mit 4,1 % in 2001 deutlich geringer als im Dienstleistungsbereich mit 7,4 %.

Insgesamt stellt sich die Entwicklung der Erwerbstätigen im Land Bremen gemäß ihrem Beschäftigungsstatus wie in Tabelle 3 abgebildet dar:

Tabelle 3

Erwerbstätige im Land Bremen nach Statusgruppen (in 1.000) – Jahresdurchschnitt							
Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Insgesamt	388,7	383,1	384,6	381,3	380,4	388,0	391,0
dar.:							
soz.vers.pfl. Beschäftigte	296,2	291,8	289,8	288,1	285,3	292,3	284,8
Beamte	31,2	29,8	29,2	27,9	26,9	25,1	24,1
Selbständige	27,5	27,3	26,9	26,4	25,9	25,5	25,8
geringfügig Beschäftigte	33,8	34,2	38,9	40,8	42,4	45,1	46,1

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Betriebliche Arbeitszeiten sind überwiegend tarifvertraglich definiert und unterliegen ansonsten den arbeitsrechtlichen Regelungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Zur Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung liegen Ergebnisse der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vor. Ergebnisse zum Ausmaß befristeter Beschäftigung und Überstunden im Jahr 2000 liegen für das Land Bremen aus der Betriebspanelbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vor.

Unmittelbare Auswirkungen zur Sanierungspolitik des Senats können auf Grund vielfältiger anderer Einflüsse nicht dargestellt werden. Lediglich vermutet werden kann, dass positive konjunkturelle Impulse auf Grund der Sanierungspolitik auch einen Einfluss auf die Zunahme von Überstunden oder von befristeten Arbeitsverträgen haben, insbesondere insofern letztere in dauerhafte Beschäftigung einmünden.

Für das Land Bremen wurde für das Jahr 2001 eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 38,9 Stunden errechnet. Die Teilzeitbeschäftigung ist im Land Bremen von 1995 bis 2001 um nahezu 8.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte angestiegen. Dies entspricht im genannten Zeitraum einer Steigerung von nahezu 20 % (Tabelle 4).

Tabelle 4

Sozialversicherungsbeschäftigte im Land Bremen nach Vollzeit – Teilzeit in 1000 bzw. Prozent zum 30.6. jeden Jahres							
Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Vollzeit	293,5	287,6	282,6	278,2	280,2	283,6	288,5
Teilzeit	40,0	42,1	41,5	42,7	42,9	45,8	47,9
Teilzeitquote	13,6	14,6	14,7	15,3	15,3	16,2	16,7

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen / Bundesanstalt für Arbeit

Die Teilzeitquote – also der Anteil der teilzeitbeschäftigten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt – ist seit 1995 kontinuierlich von 13,6 % auf 16,7 % gestiegen.

In Bremen vergeben im Vergleich zu Westdeutschland, den westlichen Großstädten und auch zu Hamburg relativ viele Betriebe befristete Arbeitsverträge. Und gleichzeitig hat in den bremischen Betrieben, die Zeitverträge vergeben, ein hoher Anteil der Beschäftigten einen zeitlich begrenzten Vertrag. Dies führt zu einem überdurchschnittlichen Anteil befristet Beschäftigter an der Gesamtbeschäftigung im Land Bremen (Tabelle 5).

Tabelle 5

Befristete Beschäftigung am 30.06.2001 im regionalen Vergleich			
	Anteil Betriebe mit befristeten Arbeitsverträgen an allen Betrieben (in %)	Durchschnittliche Anzahl befristet Beschäftigter je Betrieb*	Anteil befristet Beschäftigter an allen Beschäftigten in %
Bremen	15	10,3	7,3
Hamburg	13	8,0	5,4
westliche Großstädte	11	10,1	5,2
Westdeutschland	10	7,5	4,5

Quelle: BAW Institut für Wirtschaftsforschung GmbH

Durch die Vergabe von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen werden die Möglichkeiten der Betriebe zur flexiblen Anpassung des Arbeitseinsatzes an den sich verändernden bzw. schwankenden Arbeitskräftebedarf verbessert. Im gleichen Zeitraum haben die Betriebe jedoch auch fast 3.000 befristet Beschäftigte in Dauerbeschäftigung übernommen. Damit wird etwa jedes achte neue Dauerbeschäftigungsverhältnis im Land Bremen von einem zuvor im Betrieb bereits befristet beschäftigten Mitarbeiter eingenommen. In diesem Umfang erfüllt das Instrument der befristeten Beschäftigung die Funktion der Anbahnung von Dauerbeschäftigung.

Überstunden bieten den Betrieben die Möglichkeit, auf Schwankungen beim Arbeitsanfall flexibel zu reagieren und Phasen der Personalsuche zu überbrücken. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist es allerdings problematisch, wenn Betriebe einen Teil des anfallenden Arbeitspensums dauerhaft durch Überstunden ableisten.

In etwa der Hälfte aller Betriebe sind im Jahr 2000 Überstunden gemacht worden, wobei in Bremen in mehr Betrieben Überstunden geleistet wurden (55 %) als in Westdeutschland und in den westlichen Großstädten (jeweils 44 %).

Der höhere Anteil Überstunden leistender Betriebe trifft für alle Wirtschaftsbereiche im Land Bremen zu. Er erzielt einen Spitzenwert von 69 % im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung/Kredit- und Versicherungsgewerbe und betrifft in dieser zusammengefassten Gruppe alle Branchen mit Ausnahme des Versicherungsgewerbes. In Westdeutschland werden insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe vermehrt Überstunden geleistet (Tabelle 6).

Tabelle 6

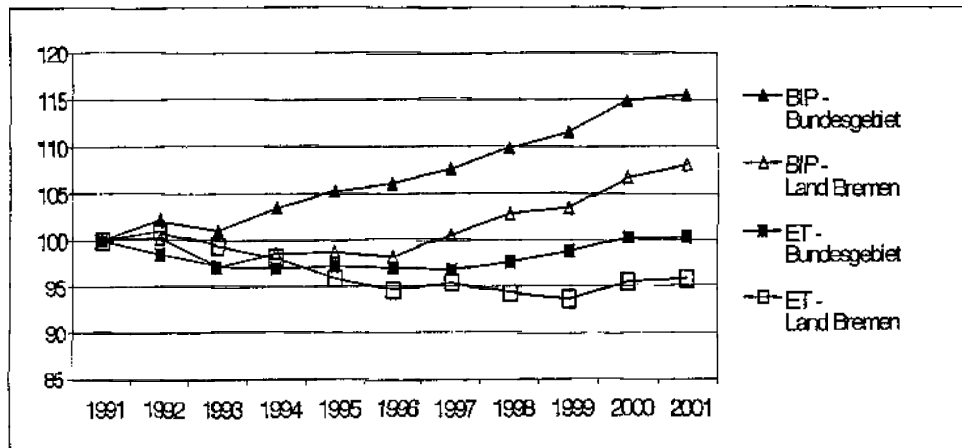
Überstunden nach Wirtschaftsbereichen in Bremen und Westdeutschland im Jahr 2000		
Anteil der Betriebe, in denen Überstunden geleistet wurden (%)		
Wirtschaftsbereich/Betriebsgrößenklasse	Bremen	Westdeutschland
Gesamt	55	44
Verarbeitendes Gewerbe	65	60
Baugewerbe	66	50
Handel und Reparatur	53	41
Verkehr/Nachrichten/Kredit/Versicherungen	69	45
Dienstleistungen für Unternehmen	58	43
Sonstige Dienstleistungen	40	38
ÖD/Org. o. Erwerbszweck	58	40
Kleine	53	42
Mittlere	87	80
Große	78	89

Quelle: BAW Institut für Wirtschaftsforschung GmbH

Der Beschäftigungszuwachs gründet auf einer Trendumkehr des bremischen Wirtschaftswachstums seit 1997 mit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Wachstumsraten. Auch im Jahre 2002 scheint sich diese Entwicklung fortzusetzen.

zen: So lag das Wachstum in Bremen im 1. Halbjahr 2002 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2001 bei + 0,5 %, während im gleichen Zeitraum im Bund ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um – 0,4 % zu verzeichnen war. Abbildung 1 zeigt den Zusammenhang zwischen Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung: Im Bundesgebiet folgte der Beschäftigungsanstieg seit 1998 der im Jahr 1994 einsetzenden Belebung des Wirtschaftswachstums mit etwa 4-jähriger Verzögerung. Da sich das bremische Wirtschaftswachstum erst 1997 belebte und auf den Wachstumspfad des Bundesgebietes einschwenkte, setzte der Beschäftigungsanstieg entsprechend im Jahr 2000 ein.

Abbildung 1

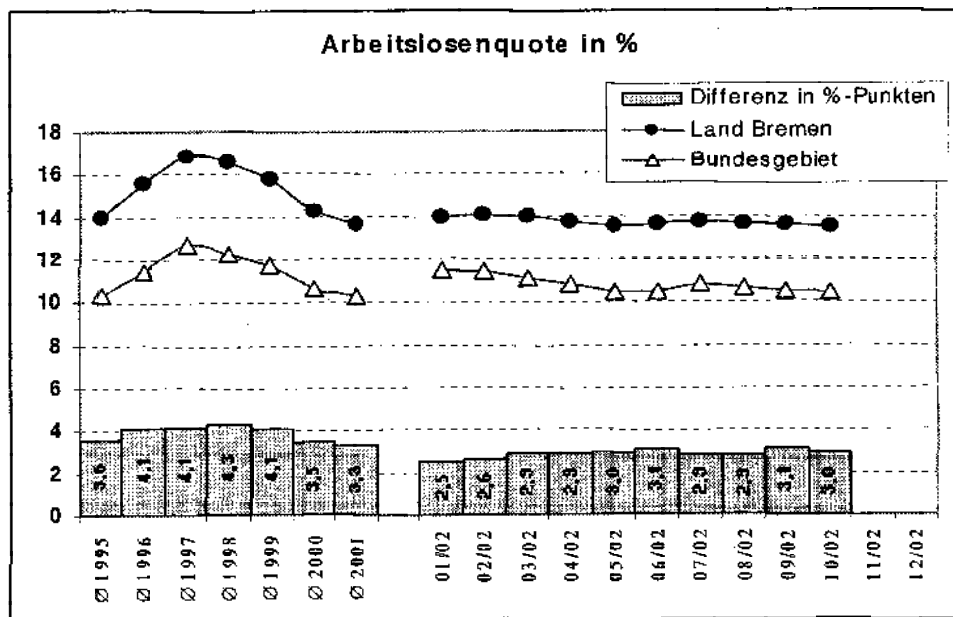


Quelle: BAW Institut für Wirtschaftsforschung GmbH, Steuerungsgruppe Arbeitsplätze/Einwohner

Der Beginn der Ankopplung an die Bundesentwicklung fällt in die Zeit, als die öffentlichen Investitionen insgesamt (Grundinvestitionsprogramm, WAP, ISP und kapitaldienstfinanzierte Maßnahmen) in 1997 gegenüber 1994 um 40 % höher ausfielen. Im Jahr 2001 lagen sie sogar mit einem Volumen von 838 Mio. € gegenüber 1994 um 79 % höher. Dabei erhöhte sich der Anteil wirtschafts- und finanzkraftstärkender Investitionen (WAP und ISP) am Investitionshaushalt insgesamt von 40 % auf 58 %.

Die genannten Beschäftigungs- und Wachstumseffekte blieben nicht ohne Folgen für den bremischen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist in Bremen im Zeitraum 1997 bis 2001 stärker zurück gegangen als im Bundesgebiet. Die Zahl der Arbeitslosen lag in Bremen im Jahr 2001 mit jahresdurchschnittlich 39.717 erstmals seit 1993 wieder unter der Marke von 40.000. Die vergleichsweise positive Entwicklung zeigt eine Betrachtung der Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen dem Land Bremen und dem Bund. Sie lag 1997, als die Arbeitslosenquoten den bisher höchsten Stand erreichten, noch bei 4,1 Prozentpunkten, reduzierte sich danach in den vier Jahren bis 2001 auf 3,3 Prozentpunkte. Im Verlauf des Jahres 2002 ist, durchschnittlich betrachtet, ein weiterer Rückgang feststellbar. Abbildung 2 zeigt den Trend vorsichtiger Annäherung Bremens an die bundesdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten auf. Sehr deutlich wird auch die Abhängigkeit der Bremer Entwicklung von der des Bundesgebiets.

Abbildung 2



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Da die Arbeitslosigkeit in Städten tendenziell höher ist als in deren Umland und in Flächenländern insgesamt, führt der Bundesvergleich zu einer Verzerrung zu Lasten der Stadtstaaten, also auch Bremens und Bremerhavens. Beide Städte des Landes stehen im Städtevergleich besser da, als es der jeweilige Abstand der Arbeitslosenquoten zu den anderen Bundesländern und zum Bund insgesamt aussagt. Gegenüber allen deutschen Großstädten wurde der Abstand in Bremen Stadt Ende 2001 auf 0,2 Prozentpunkte fast vollständig abgebaut. In Bremerhaven betrug der Abstand zu den Vergleichsstädten mit 110.000 bis 160.000 Einwohnern dagegen 7,0 Prozentpunkte. Dieser Vergleich verdeutlicht die Spaltung des Arbeitsmarktes im Land Bremen, da die Arbeitslosenquote der Seestadt nach wie vor einen erheblichen Abstand zu den Vergleichsstädten aufweist.

2. Wie hat sich die Sanierungspolitik auf die Wertschöpfung in den unterschiedlichen Branchen ausgewirkt, und welche Zusammenhänge gibt es in den verschiedenen Wirtschaftszweigen zwischen der Entwicklung der Wertschöpfung und der Zahl der Arbeitsplätze? (Hinsichtlich der Arbeitsplatzentwicklung bitte quantitative und qualitative Aspekte berücksichtigen)

Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung (BWS) in den Wirtschaftsbereichen verlief nicht einheitlich. Der Anteil der Sanierungspolitik an dieser Entwicklung kann nicht isoliert dargestellt werden. Dies hat folgende Gründe: Bedingt durch unterschiedliche Wirkungsverzögerungen der ISP-Projekte (z. B. kann zwischen der Aufbereitung von Gewerbeflächen und deren vollständiger Nutzung ein Zeitraum von bis zu 15 Jahren vergehen) kann der Bruttowertschöpfungsanteil der Sanierungspolitik nicht einzelnen Jahren zugeordnet werden. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche unterliegen zudem unterschiedlichen Arbeitsproduktivitätsfortschritten. Besonders deutlich wird dies bei der Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes, das im Zeitraum 1995 bis 2001 einen Bruttowertschöpfungszuwachs von 11,3 % und einen Rückgang der Erwerbstätigen (ET) von - 9,7 % verzeichnete. Abweichend davon verzeichnete der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ bei einem Anstieg der Bruttowertschöpfung um 28,2 % eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 33,1 %. Tabelle 4 zeigt vergleichend die Entwicklung von Erwerbstätigen und Bruttowertschöpfung in Bremen 1995 bis 2001. Ein darüber hinausgehender Zusammenhang zwischen Entwicklung der Wertschöpfung und quantitativen und qualitativen Aspekten der Arbeitsplatzentwicklung ist in diesem Zusammenhang nicht darstellbar.

Tabelle 7

Entwicklung der Erwerbstätigen (ET) und der Bruttowertschöpfung (BWS) real im Land Bremen 1995 – 2001									
Wirtschaftsbereich		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	1995 bis 2001
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	ET	-4,5	-6,9	-2,7	-2,2	-1,8	-0,8	+1,8	-12,1
	BWS	+0,4	-4,5	+6,5	+2,4	-4,1	+7,3	+2,1	+9,5
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	ET	-4,7	-6,9	-2,6	-1,9	-1,4	+0,4	+2,4	-9,7
	BWS	+0,1	-6,2	+8,7	+2,6	-3,7	+7,9	+2,4	+11,3
Baugewerbe	ET	-6,2	-5,2	+0,8	+0,0	-0,8	-0,5	-3,2	-8,9
	BWS	-6,1	-10,4	+6,8	+4,3	+3,0	+11,2	-13,1	-0,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	ET	-0,9	-0,1	+1,4	-0,0	-2,0	+1,5	-1,1	-0,3
	BWS	-0,2	+0,1	+0,6	+0,6	+3,7	+3,0	+3,1	+11,5
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstleister	ET	-1,2	+3,8	+1,1	+1,2	+7,4	+10,2	+5,7	+33,1
	BWS	+3,3	+5,0	+4,1	+6,2	+3,3	+4,2	+2,6	+28,2
Öffentliche und private Dienstleistungen	ET	-1,2	-0,1	+1,0	-2,0	-0,6	+0,7	+0,1	-0,8
	BWS	-0,0	+0,4	-1,7	-0,8	-0,9	+1,5	+0,3	-1,3
Z u s a m m e n	ET	-2,2	-1,4	+0,4	-0,9	-0,2	+2,0	+0,8	+0,6
	BWS	+0,5	-0,2	+2,7	+2,3	+0,7	+4,4	+1,5	+11,7
Erwerbstätigenanzahl insgesamt (1.000)	ET	388,7	383,1	384,6	381,3	380,4	388,0	391,0	

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

3. Wie hat sich seit Beginn der Sanierung die Vergabe öffentlicher Fördermittel (Bund, Land, EU) an die verschiedenen Wirtschaftszweige entwickelt, und wie veränderten sich im Verhältnis hierzu Wertschöpfung und Zahl der Arbeitsplätze der geförderten Branchen? (Zum Arbeitsplatzangebot bitte quantitative und qualitative Angaben).

Für den angefragten Zeitraum wird der Wirtschaftsdeputation jährlich über die Investitionsförderung im Lande Bremen nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und nach dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) – zuletzt mit Vorlage Nr. 15/279-L am 8. Mai 2002 – berichtet. Dies sind die beiden zentralen Programme, mit denen die betriebliche Investitionsförderung bremischer Unternehmen erfolgt. Drittmittel von Bund und EU werden in diese Programme eingespeist. Die Entwicklung der Investitionsförderung im Lande Bremen ist fortlaufend dokumentiert und bekannt. Die Berichte enthalten detaillierte Angaben über die Zahl der geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze.

Zur Frage der Veränderung der Wertschöpfung der Arbeitsplätze in geförderten Betrieben in qualitativer Hinsicht ist anzumerken, dass die Förderrichtlinien auf die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Dauerarbeitsplätzen abstellen. Die Berichte enthalten darüber hinaus erst ab dem Jahre 1997 eine branchenspezifische Aufstellung der Investitionssummen und der neu geschaffenen Arbeitsplätze geförderter Betriebe (Tabelle 8). Weitergehende Aussagen müssten für den angefragten Zeitraum durch umfangreiche gutachterliche Untersuchungen ermittelt werden.

Tabelle 8

GA- und LIP-Förderungen 1997 bis 2001										
	1997		1998		1999		2000		2001	
	GA	LIP	GA	LIP	GA	LIP	GA	LIP	GA	LIP
Investition in Tausend Euro	121.724	16.273	53.678	24.044	550.049	16.926	35.353	78.822	34.847	28.330
Metallverarbeitung/ Maschinenbau	21%		20%	9%	11%	12%	7%	14%	21%	10%
Nahrungsmittel			34%		4%		2%			
Optik, Medizin- Elektrotechnik				23%			1%	10%		3%
Groß-Versandhandel	16%	6%	16%	33%	4%	8%		24%	2%	10%
Logistik	26%				7%	52%			28%	
Daten- Kommunikationstechnik			11%	18%	6%	4%	1%	10%	20%	8%
Werbeleistungen, technische Unternehmensberatung			6%		1%	17%	6%	8%	13%	4%
sonst. produzierendes Gewerbe	22%	46%	13%	9%	16%	5%	81%	9%	4%	32%
Druckerherzeugnisse										27%
sonstige Dienstleistungen	2%	28%		8%		4%		10%		14%
Hotel/Tourismus	11%	23%			51%		2%	15%	12%	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Neue Arbeitsplätze	319	115	347	168	2066	99	112	223	451	211
Metallverarbeitung/ Maschinenbau	22%		13%	5%	15%	11%	17%	13%	6%	12%
Nahrungsmittel			12%		3%		2%			
Optik, Medizin- Elektrotechnik				19%			7%	9%		9%
Groß-Versandhandel	9%	11%	6%	11%	4%	3%		12%	1%	8%
Logistik	22%				7%	12%			10%	
Daten- Kommunikationstechnik			36%	33%	29%	28%		24%	77%	19%
Werbeleistungen, technische Unternehmensberatung			10%		2%	26%	4%	23%	4%	19%
sonst. produzierendes Gewerbe	27%	39%	23%	18%	14%	26%	58%	15%	1%	14%
Druckerherzeugnisse										6%
sonstige Dienstleistungen	14%	38%		20%		5%		1%		15%
Hotel/Tourismus	6%	12%			26%		2%	9%	1%	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: Der

Senator für Wirtschaft und Häfen

Im Gegensatz zur GA dürfen die Förderungen des LIP ausschließlich nur von KMU in Anspruch genommen werden. Im Rahmen der GA-Förderungen haben Investitionszuschüsse an KMU jedoch einen hohen Stellenwert. So liegt der Anteil geförderter KMU im Rahmen der GA in den Jahren 1997 bis 2001 erfreulich hoch zwischen 72,9 % und 92,9 % (Tabelle 9).

Tabelle 9

KMU-Anteil geförderter Betriebe im Rahmen der GA				
Jahr	KMU-Anteil in Prozent	Neue Arbeitsplätze	Gesicherte Arbeitsplätze	Investitionsvolumen T €
1997	81,3%	182	476	52,25
1998	91,5%	232,5	863	31,09
1999	72,9%	478	1.094	76,64
2000	92,9%	37	332	6,43
2001	91,7%	132	392	27,1

Quelle: Der Senator für Wirtschaft und Häfen

4. Welche Arbeitsplatzeffekte bewirkten die im Zuge der Sanierungspolitik umgesetzten Investitionsprogramme des Landes Bremen, welche Wirkungen resultierten dabei aus dem ISP? Wie wirkten sich der Ausbau der touristischen, der wissenschaftlichen, der verkehrlichen und der Kommunikations-Infrastruktur jeweils auf die Zahl der Arbeitsplätze im Lande Bremen aus?

Zur Frage nach den Beschäftigungseffekten einzelner Programme und Sektoren ist vorzuschicken, dass diese wegen der intensiven Wirkungszusammenhänge und Synergien nur im Zusammenhang zu sehen sind und die folgenden Ergebnisse keine vergleichende Bewertung erlauben.

Das ISP-Evaluierungsgutachten ist der Bürgerschaft (Landtag) im November 2002 zugeleitet und von ihr intensiv diskutiert und zur Kenntnis genommen worden. Laut Evaluierungsgutachten ist ein Gesamtbeschäftigungseffekt in Höhe von 48.000 Arbeitsplätzen möglich. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Antwort zu Frage Nr. 6 verwiesen.

Die direkten Arbeitsplatzwirkungen des WAP können hauptsächlich bei der betrieblichen Investitionsförderung im Rahmen der GA (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) und des LIP (Landes Investitionsförderprogramm) erfasst werden. Hinzu kommen die (zum Teil vertraglich) zugesagten Arbeitsplätze in Folge der Förderung von Gewerbeflächenvergaben. Bei den in Tabelle 10 dargestellten Berechnungen werden nur die oben genannten zwei Hauptbereiche (Investitionsförderung und Gewerbeflächenförderung) berücksichtigt. Demnach sind in Bremen in den Jahren 1995 bis 2001 durch direkte betriebliche Investitionsförderung und Gewerbeflächenvergabe insgesamt 10.784 Arbeitsplätze neu geschaffen und 26.562 Arbeitsplätze gesichert worden. Zusammen mit den dadurch induzierten Arbeitsplätzen haben die beiden Förderschwerpunkte des WAP in den letzten sieben Jahren zur Neuschaffung und Sicherung von insgesamt knapp 50.000 Arbeitsplätzen im Lande geführt.

Diese beiden Bereiche bilden erfahrungsgemäß fast 90 % der direkten Arbeitsplatzeffekte des WAP. Daher kann davon ausgegangen werden, dass das Ergebnis eigentlich nach oben zu korrigieren ist.

Tabelle 10

Arbeitsplatzeffekte des WAP 1995 bis 2001								
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Gesamt
Neugeschaffene Arbeitsplätze								
GA-Bremen	137	286	239	255	1.977	0	71	3.045
LIP-Bremen	103	340	115	167	98	222	211	1.257
GA-Bremerhaven	84	35	80	92	89	112	390	882
LIP-Bremerhaven	9	3	0	1	0	1	0	14
Gewerbeflächen	254	406	221	557	1.916	1.365	867	5.586
Summe neue AP	587	1.150	655	1.072	4.081	1.700	1.539	10.784
Gesicherte Arbeitsplätze								
GA-Bremen	0	408	935	579	5.385	0	43	7.348
LIP-Bremen	34	617	347	699	204	1.261	948	3.710
GA-Bremerhaven	131	297	71	618	1.041	323	552	3.033
LIP-Bremerhaven	0	112	14	0	0	21	0	147
Gewerbeflächen	975	571	783	922	4.352	2.694	2.047	12.324
Summe gesicherte AP	1.140	2.093	2.190	2.718	10.982	4.299	3.290	26.562
AP - Effekte (zusammen)	1.727	3.153	2.785	3.790	15.063	5.999	4.819	37.346
Multiplikator-Induzierte-Effekte	518	946	639	1.137	4.519	1.800	1.449	11.008
AP - Effekte (insgesamt)*	2.245	4.099	3.424	4.927	19.582	7.799	6.278	48.354

* Bei der Ermittlung dieses Ergebnisses wurde mit Hilfe eines Multiplikators hochgerechnet und gerundet, der im Rahmen der langfristigen Globalplanung auf Grund eines ökonomisch abgestützten Regionalmodells für das Land Bremen errechnet wurde.

Zu den darüber hinausgehenden langfristigen Gesamtarbeitsplatzeffekten des ISP wird auf die Antwort zu Frage Nr. 6 verwiesen.

Abweichend vom bisher betrachteten Berichtszeitraum wurden in den Jahren 1993 bis 2001 428 ha Gewerbeflächen neu erschlossen (Durchschnitt: 47,6 ha/a). 360 ha städtische Gewerbeflächen wurden in diesem Betrachtungszeitraum an Unternehmen vergeben. Die Spannweite der Flächenvergaben reichte von 8,3 ha im Jahr 1993 bis 63,9 ha im Jahr 2001 (Durchschnitt: 40 ha/a). Mit anziehender Konjunktur wurden im Zeitraum 1997 bis 2001 im Durchschnitt 51,4 ha Gewerbeflächen vergeben.

Durch die Grundstücksvergaben zwischen 1993 und 2001 konnten über 20.000 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden. Die Investitionseffekte betragen ca. 1.100 Mio. €.

Die touristische Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren im Lande Bremen von öffentlicher Seite, aber auch durch privatwirtschaftliche Investitionen insbesondere durch folgende Projekte ausgebaut: Sanierung Kunsthalle (1998), Sanierung Focke-Museum und neues Magazingebäude (1998 und 2002), Übermaxx Kino mit Schausammlung des Überseemuseums (1998/1999), Wilhelm-Wagenfeld Haus (1998), Musical-Theater am Richtweg (1999), Besucherzentren von Beck und Co, DaimlerChrysler und Astrium (1999), Sauna-Oase und Kino-Center an Weserpark (1999), Erweiterung Schaufenster Fischereihafen (1999), Weserpromenade Schlachte (2000), Universum Science-Center (2000), Weserpromenade und Freizeithafen in Vegesack (2000), Erweiterung Schifffahrts-

museum (2000/2001), City-Port in Bremerhaven, ZeitRaum-Erlebnis im Schnoorpackhaus (2001), Schulschiff mit Schulschiffhaus (2001), Sanierung und Aufwertung Galopprennbahn in der Vahr (2002), Halle 7 (2002), Sanierung des Bremer Marktplatzes und Maritimer Trail mit der Seemeile in Bremerhaven (2002).

Arbeitsplatzeffekte entstehen direkt durch die Beschäftigung eigenen Personals sowie indirekt durch Besucher. Regionalökonomisch relevant sind hier vor allem Ausgaben auswärtiger Besucher, die zusätzliche Kaufkraft nach Bremen lenken. Um Arbeitsplatzwirkungen zu erzielen, reicht es daher nicht aus, touristische Attraktionen zu schaffen, vielmehr müssen diese Attraktionen auch überregional bekannt gemacht und vermarktet werden. Herausragende Veranstaltungen wie aktuell die „van-Gogh-Ausstellung“ in der Kunsthalle Bremen haben hier eine Leitfunktion.

Das BAW Institut für Wirtschaftsforschung GmbH hat unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge 1998 modellhaft ermittelt, dass im Lande Bremen rd. 11.000 Beschäftigte unmittelbar im Tourismus und in dem Tourismus vorgelagerten Wirtschaftsbereichen tätig sind. Bis zum Jahr 2006 wird ein Zuwachs um rund 45 % auf 16.000 Beschäftigte für möglich gehalten. Im Gastgewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Land Bremen von rd. 13.600 in 1998 auf 15.300 in 2000 um 12,5 % (aggregierte Daten zum Tourismus insgesamt liegen aktuell nicht vor). Damit stützt die realwirtschaftliche Entwicklung im Gastgewerbe die genannte Modellrechnung.

Die Ergebnisse aus der Evaluierung der Maßnahmen des Investitionssonderprogramms zur Tourismusförderung und Stärkung der zentralen Versorgungsfunktionen erwarten eine weitere Verbesserung der Attraktivität Bremens als Tourismusdestination sowie eine anhaltende und dauerhafte Erhöhung des Beschäftigungspotentials aufgrund zufließender Kaufkraft.

Dem Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur kann ein beträchtlicher Effekt bei der Schaffung und Sicherung neuer hochwertiger Arbeitsplätze (hohe Wertschöpfung) zugerechnet werden. Die ISP-Evaluation durch Prognos hat gezeigt, dass in der Periode bis Ende 2000 rund 7.400 Arbeitsplätze unmittelbar im FuE-Bereich entstanden sind. Bis Ende 2016 werden nach der Hochrechnung insgesamt 8.900 Arbeitsplätze entstehen. Darin sind die direkt aus dem Investitionssonderprogramm finanzierten Arbeitsplätze nicht mitgerechnet.

Von 48.000 ISP-induzierten Arbeitsplätzen können insgesamt 12.700 (26 %) durch die komplementären Investitionen in die Erweiterung und in den Ausbau der Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur als „FuE-beeinflusst“ angesehen werden.

Auch die Verkehrsinfrastruktur, die im Rahmen des ISP ausgebaut worden ist bzw. teilweise noch werden soll, trägt erheblich zur Erhöhung der Beschäftigung bei. Für die im Rahmen der ISP-Evaluierung geprüften Verkehrsprojekte hat sich gezeigt, dass diese aus regionalwirtschaftlicher Sicht und speziell in Hinblick auf die Beschäftigungseffekte als überaus wichtig einzuschätzen sind. Demnach wird ein Beschäftigungseffekt von 25.500 gesicherten bzw. zusätzlichen Arbeitsplätzen für möglich gehalten.

Darüber hinaus sind zahlreiche wirtschaftsstrukturpolitisch relevante Verkehrsprojekte realisiert worden bzw. sollen in den nächsten Jahren erst noch fertig gestellt werden, z. B. Bundesverkehrswege, für die zurzeit keine konkreten Angaben im Hinblick auf die Beschäftigungseffekte gemacht werden können.

Beschäftigungseffekte, die aus dem Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur resultieren, sind aktuell nicht darstellbar. Zurzeit wird die erste, jetzt zuende gehende, Förderphase des Landesprogramms „Bremen in t.i.m.e.“ evaluiert. Konkrete Aussagen über die Auswirkungen dieses Programms auf den Arbeitsmarkt können erst nach Abschluss der Evaluierung gemacht werden.

5. Wie entwickelten sich seit Beginn des Sanierungszeitraumes die Pendlerströme aus dem und in das Land Bremen? Ergaben sich hierbei branchen- oder berufs-spezifische Besonderheiten?

Die Pendlerströme weisen unabhängig vom Sanierungsgeschehen aufgrund wachsender Stadt-Umland-Verflechtungen steigende Tendenzen auf. Hinter dem

Pendlersaldo der Erwerbstätigen verbergen sich unterschiedliche Entwicklungen der Ein- und Auspendler der beiden Städte Bremen und Bremerhaven. Für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegen Angaben für den Zeitraum 1995 bis 2001 getrennt nach Ein- und Auspendler vor. Diese Angaben wurden verwendet, um auf die Erwerbstätigen hochzurechnen.

Im Zeitraum 1995 bis 2001 stiegen in Bremen-Stadt sowohl die Ein- als auch die Auspendlerzahlen an. Der Saldo von 95,2 Tsd. Pendlern ergab sich 2001 aus 134,6 Tsd. Ein- und 39,4 Tsd. Auspendlern, was einer Zunahme von rund 10,2 % bei den Ein- und rund 22,7 % bei den Auspendlern entsprach. In Bremerhaven waren im gleichen Zeitraum ähnliche Tendenzen zu beobachten. Die Einpendlerzahlen nahmen um rund 12,8 % auf absolut 26,5 Tsd. zu und die der Auspendler um rund 21,2 % auf absolut 12 Tsd., was sich in einem leichten Anstieg des Saldos auf 14,5 Tsd. bemerkbar machte. Die Einpendlerquote erhöhte sich in Bremen-Stadt um 3,5 Prozentpunkte auf 41,0 % und in Bremerhaven um 5,0 Prozentpunkte auf 42,3 %, so dass aktuell über vier von zehn Erwerbstätigen in Bremen bzw. Bremerhaven Einpendler sind. Tabelle 11 gibt einen Überblick über die Pendlerströme, getrennt nach Bremen-Stadt und Bremerhaven.

Tabelle 11

Einpendlerquoten Bremen und Bremerhaven 1995 und 2001 (1.000)		
Erwerbstätige	1995	2001
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB) in Bremen-Stadt	244,6	241,7
Einpendler	91,7	99,1
Auspendler	24,1	29,0
Erwerbstätige in Bremen-Stadt (2001 vom Stala geschätzt)	325,8	328,3
Einpendler (geschätzt aufgrund SVB-Verhältnis)	122,1	134,6
Auspendler (geschätzt aufgrund SVB-Verhältnis)	32,1	39,4
Einpendlerquote (Einpendler/Erwerbstätige im Inland) (in %)	37,5	41,0
Erwerbstätige mit Wohn- und Arbeitsort in Bremen-Stadt	235,7	233,2
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB) in Bremerhaven	48,9	44,8
Einpendler	18,2	19,0
Auspendler	7,7	8,6
Erwerbstätige in Bremerhaven (2001 vom Stala geschätzt)	62,9	62,6
Einpendler (geschätzt aufgrund SVB-Verhältnis)	23,5	26,5
Auspendler (geschätzt aufgrund SVB-Verhältnis)	9,9	12,0
Einpendlerquote (Einpendler/Erwerbstätige im Inland) (in %)	37,3	42,3
Erwerbstätige mit Wohn- und Arbeitsort in Bremerhaven	49,3	48,1

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Der Senator für Finanzen

Die Frage nach branchen- oder berufsspezifischen Besonderheiten sind mit Hilfe der vorliegenden Datenquellen nicht zu beantworten.

6. Welche Arbeitsmarkteffekte werden in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung begonnener und beschlossener Investitionsprojekte, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, aus der Sanierungspolitik resultieren (insgesamt und branchenbezogen)?

Mit der Realisierung des ISP kann das reale BIP-Wachstum des Landes Bremen – ohne Beeinträchtigungen durch die nicht ISP-geprägte Grundentwicklung – im Zeitraum 2001/2010 um jahresdurchschnittlich 0,6 Prozentpunkte höher als im übrigen (westlichen) Bundesgebiet ausfallen. Im Folgejahrzehnt bedarf es der zusätzlichen Wirkungen des AIP um den Abstand zum Bundesdurchschnitt bei 0,7 Prozentpunkte p. a. zu halten.

Aus dem Prognos-Evaluierungsgutachten ergibt sich ein Potenzial ISP-induzierter Arbeitsplätze in einer Größenordnung von rd. 48.000 bei entsprechenden Rahmenbedingungen, d. h. Erfolg aller Projekte, Vollausslastung der Gewerbeflächen,

stabile globale Einflussfaktoren etc. Die parallele Ermittlung der Arbeitsplatzeffekte über makroökonomische Berechnungen führt im gleichen Zeitfenster (bis 2016) zu knapp 31.000 bzw. – unter Berücksichtigung des Anschluss-Investitionsprogramms (AIP) – zu 35.000 bis 44.000 Beschäftigten. Die Ergebnisspanne der methodischen Berechnungsansätze ist in erheblichem Maße durch die unterschiedliche Berücksichtigung bzw. Gewichtung einzelner Einflussfaktoren (durchschnittliche oder einzelfallbezogene Bewertung der Maßnahmeerfolge; Berücksichtigung von Mitnahmeeffekten; Einbeziehung ergänzender Investitionsausgaben u. ä.) verursacht.

Infolge des Realisierungsverlaufes der ISP-Maßnahmen und der zu erwartenden jeweiligen Wirkungsverzögerungen („Time-lags“) werden die maximalen Beschäftigungseffekte des Investitionssonderprogramms im Jahre 2016 erwartet.

Die ISP-Evaluation hat gezeigt, dass zur weiteren Stärkung der Wirtschafts- und Arbeitsmarkteffekte eine integrierte Strategie der Aktivitäten der Wissenschafts-, Wirtschafts- und Arbeitspolitik für Bremen und Bremerhaven unabdingbar ist. Mit der Innovationsoffensive InnoVision 2010 des Landes Bremen und der Bestellung des Technologiebeauftragten des Senats sind hierzu bedeutende Maßnahmen unternommen worden, die es zu verstärken gilt.

Es ist zu erwarten, dass die mit den ISP-Maßnahmen eingeleiteten regional-ökonomischen Effekte durch die im Wissenschaftsplan 2010 vorgesehenen Investitionsprojekte intensiviert werden können. Dabei sollen die Mittel gezielt eingesetzt werden, um regional relevante Wissenschaftsfelder weiterzuentwickeln bzw. neu aufzubauen.